



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

MÄRZ/ APRIL 2011



THEMEN

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK *
PRIVATE MILITÄRFIRMEN * MEINE REGION



Liebe Bürgerinnen und Bürger, lieben Freundinnen und Freunde,

seit der ersten Infopost ist gerade erst ein Vierteljahr vergangen und doch haben sich die Ereignisse mal wieder überschlagen.

Zum Jahresende stand die Verlängerung etlicher Auslandseinsätze an. Nach dem Ende von OEF im Sommer 2010, stand jetzt u.a. der verbliebene Einsatz im Mittelmeer unter dem Namen Operation Active Endeavour (OEF) erstmals allein zur Entscheidung an. Da auch diese Operation sich lediglich auf das Selbstverteidigungsrecht der USA stützt, ist hier ebenso wie bei OEF eine völkerrechtliche Grundlage nicht gegeben. Außerdem konnte die Bundesregierung auch nicht wirklich erklären, was die Fregatten dort im Mittelmeer eigentlich machen. Wir haben das Mandat daher abgelehnt.

Zu den weiteren Mandaten finden Sie in dieser Infopost weitere Informationen.

Das Jahr 2011 startete mit der kontroversen Diskussion um die Fortsetzung des ISAF (International Security Assistance Force) Mandats in Afghanistan. Trotz des unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens innerhalb unserer Fraktion, ist es uns in der Sache erneut gelungen, einvernehmlich einen Entschließungsantrag zur Bewertung der Lage in Afghanistan zu verabschieden.

Im Kunduz Untersuchungsausschuss haben wir Anfang Februar den ehemaligen Außenminister Steinmeier und die Kanzlerin vernommen. Jetzt wird es nach Abschluss der Beweisaufnahme darum gehen, das Ergebnis im Abschlußbericht festzuhalten und gegebenenfalls eine eigene Bewertung aufzuschreiben. Besondere Schwierigkeiten verursachen uns dabei die Einstufungen als Geheim. Bei der Erarbeitung des Berichts versuchen wir so viel wie möglich herabstufen zu lassen, damit auch die Öffentlichkeit an unseren Erkenntnissen teilhaben kann.

Minister zu Guttenberg hielt uns außerdem mit seiner eigenen Art des Krisenmanagements auf Trab. Zwei tragische Todesfälle innerhalb der Bundeswehr wurden uns nicht rechtzeitig und vor allem nicht zutreffend mitgeteilt. Seine Reaktionen offenbarten immer wieder seine größte Schwäche: die Unfähigkeit, Fehler einzugestehen und seine Affinität zu den Medien. Diese



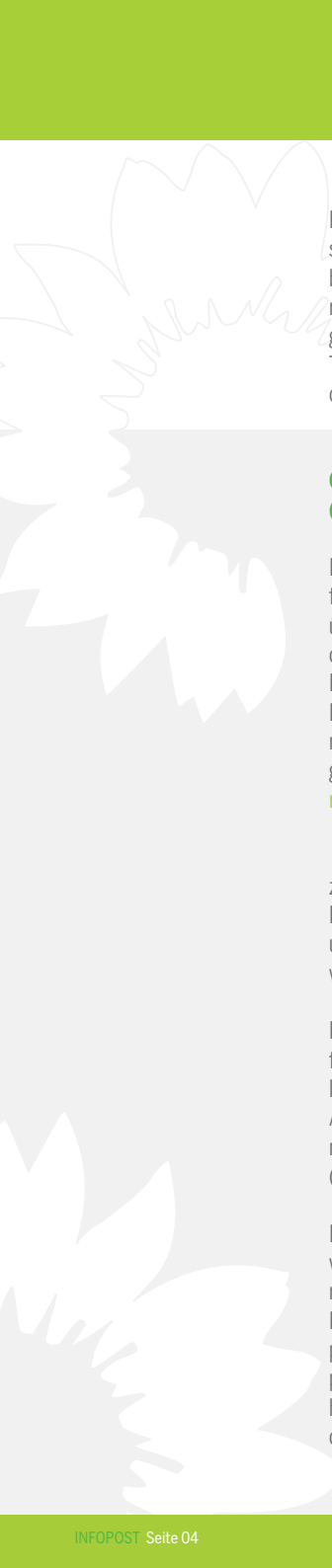


Schwäche war es dann auch, die ihn nach der Veröffentlichung der Vorwürfe im Hinblick auf seine Doktorarbeit zielstrebig in den Untergang steuerte. Mir war spätestens nach der aktuellen Stunde am Mittwoch den 23.02. klar geworden, dass es für ihn keinen Ausweg mehr geben konnte. Dennoch hielt die Kanzlerin weiter an ihm fest, bis er sie eine Woche später mit seinem Rücktritt überraschte. Für einen ehrenvollen Abgang war es da längst zu spät. Die Mitteilung über seinen Rücktritt erreichte mich auf der Delegationsreise der Maghreb Parlamentariergruppe in Algerien. Vom 27.02. bis zum 08.03 besuchte ich mit fünf weiteren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen die Länder Algerien, Marokko und Mauretanien und wir sprachen dort mit RegierungsvertreterInnen, ParlamentarierInnen, Oppositionellen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, über die aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt. Den ausführlichen Reisebericht finden Sie auf [meiner Website](#).

In den letzten zwei Wochen ist leider deutlich geworden, dass die Aufstandsbewegung in Libyen kaum noch eine Chance gegen den vor Geld und Waffen strotzenden Gaddafi haben wird. Die Sorge um das Schicksal der Menschen, die sich im Osten des Landes gegen das Regime aufgelehnt haben, bewegt uns sehr und lässt bei vielen den Wunsch nach einem Eingreifen der internationalen Gemeinschaft und einer Flugverbotszone aufkommen. Trotz der Entscheidung des UN- Sicherheitsrates stellt sich aber auch die Frage nach einer Wirksamkeit und den Konsequenzen einer solchen Flugverbotszone. Es ist kaum vorstellbar, dass eine militärisch durchgesetzte Flugverbotszone das Blatt so einfach wenden könnte und den Menschen Frieden und Sicherheit bringen würde. Wahrscheinlicher wäre in dieser Situation eine Eskalation der Gewalt.

Während ich diese Zeilen schreibe, schaue ich immer wieder entgeistert auf den Fernseher und versuche zu begreifen, was sich seit Freitag in Japan entwickelt. Nach dem 11. März 2011 wird die Welt nicht mehr so sein wie sie war. Auch die angebliche Kehrtwende der Bundesregierung macht mich sprachlos. An dem Risiko der deutschen Atomkraftwerke hat sich doch nichts geändert über Nacht! Das Risiko war uns doch allen vorher genau so bekannt wie heute. Das einzige Risiko, dass sich real erhöht hat, ist das einer Wahlniederlage der CDU bei den anstehenden Landtagswahlen. Dies scheint mir doch aber in Anbetracht der Tragödie der Menschen in Japan durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorkatastrophe eher lapidar. Politische Konsequenzen sind sicher, aber auch emotionale Betroffenheit und Trauer, muss in diesen Tagen einen Raum haben.

Mit diesen wenig erfreulichen Aussichten verabschiede ich mich für diesmal und wünsche Ihnen etwas Ablenkung beim Lesen der zweiten Info Post.



PS: Während der Ausfertigung der Infopost haben sich die Ereignisse überschlagen. Der VN-Sicherheitsrat hat entschieden und seit Samstag wird bombardiert. Ich halte es für richtig, dass Deutschland sich an diesem Militäreinsatz nicht beteiligt, da die Erfahrung gezeigt hat, dass Lufteinsätze nicht geeignet sind, Menschenleben am Boden zu retten. Die Meldungen der letzte Tage belegen leider, dass die Härte der Auseinandersetzung am Boden unter der Flugverbotszone keinesfalls ab, sondern eher zunimmt.

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER EU (GSVP):

Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU finden zur Zeit unter anderem zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr statt, über deren Verlängerung der Deutsche Bundestag Ende 2010 zu entscheiden hatte. Die **ALTHEA-Mission** in Bosnien-Herzegowina soll die staatliche Einheit in dem jungen, ethnisch zersplitterten Staat stützen und stabilisieren. Das Kontingent wird seit Jahren verringert und besteht ab März dieses Jahres nur noch aus der Präsenz einiger Berater. Dem Mandat haben wir Grünen zugestimmt und ich habe dies in meiner Rede begründet (<http://katja-keul.de/reden/rede-zur-eu-operation-althea/>)

Auch der Verlängerung der **ATALANTA-Mission** am Horn von Afrika habe ich zugestimmt, da diese in erster Linie der Durchsetzung des internationalen Rechts dient. Dennoch ist dieses Mandat auch innerhalb der Fraktion nicht unumstritten, sodass auch hier eine differenzierte Begründung erforderlich war (<http://katja-keul.de/reden/rede-zur-eu-operation-atalanta/>).

Keine Unterstützung durch uns findet hingegen die EU Ausbildungsmission für somalische Soldaten in **Uganda**. Über diese Mission durften wir als Parlament nicht entscheiden, da das Parlamentsbeteiligungsgesetz keine reinen Ausbildungsmissionen erfasst. Sowohl die Mission als solche, als auch die mangelnde parlamentarische Beteiligung habe ich in meiner Rede kritisiert (<http://katja-keul.de/reden/eutm-somalia-beenden/>).

Im April wird die **Westeuropäische Union (WEU)** offiziell aufgelöst. Damit wird das Nebeneinander unterschiedlicher verteidigungspolitischer Strukturen auf der europäischen Ebene beendet. Mit der WEU wird aber auch deren Parlamentarische Versammlung aufgelöst. Daher stellt sich die Frage, wie die parlamentarische Kontrolle der GSVP durch den Bundestag und das Europäische Parlament zukünftig gewährleistet und verbessert werden kann. Ich habe mit anderen Abgeordneten der Fraktion dazu ein Konzept erarbeitet, das unsere Fraktionsvorsitzenden Bundestagspräsident Lammert übergeben



haben, der es in die Beratungen der nationalen Parlamente Anfang April einbringen wird.

Zum Aufbau des **neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)** habe ich einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht (<http://katja-keul.de/bundestag/europaeische-sicherheitspolitik/>). Mir ist es besonders wichtig, dass der Bereich der zivilen Konfliktprävention eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung im EAD erhält.

PRIVATE MILITÄRFIRMEN

Wie bereits in der letzten Infopost angekündigt, habe ich gleich zu Beginn des Jahres eine große Anfrage zur Regulierung privater Militär- und Sicherheitsfirmen eingereicht. Die Bundesregierung hat ihre Antwort für Ende Juli angekündigt. Bis dahin werde ich mich jedoch nicht einfach zurücklehnen und abwarten. Ich stehe gerade mit den Abgeordneten anderer Fraktionen in Kontakt, um auszuloten, ob es zwischen uns inhaltliche Überschneidungen und eine gemeinsame Basis für eine Zusammenarbeit gibt. Darauf aufbauend möchte ich mich für ein Verbot von Firmen, die militärische Dienstleistungen anbieten, einsetzen. Im Rahmen der Ausfuhrkontrolle möchte ich sicherstellen, dass die Dienstleistungen von Bewachungsunternehmen sowie Unternehmen, die sich auf die Nachrichtengewinnung spezialisieren, genehmigungspflichtig werden. Des Weiteren werde ich mich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung international eine Weiterentwicklung des Völkerrechts einfordert, sodass durch dieses auch private Militär- und Sicherheitsfirmen erfasst und beschränkt werden. Dem Bundestag soll auch endlich ein Gesetzentwurf zur Ratifizierung der VN Söldnerkonvention vorlegt werden.

Die große Anfrage ist online abrufbar unter: <http://katja-keul.de/bundestag/sonstige-initiativen/>

INNERE KOMMISSION

Als Parlamentarische Geschäftsführerin vertrete ich u.a. die Interessen meiner Fraktion in der **INNEREN KOMMISSION** des Bundestages. Dort werden wir demnächst über unseren Antrag beraten (Ds. 17/4741), der sich für eine direkte Beschäftigung des Wach- und Sicherheitsdienstes beim Bundestag einsetzt, um Lohndumping zu verhindern und ein angemessenes Beschäftigungsverhältnis zu sichern. Diese Initiative liegt mir besonders am Herzen, da wir als Parlament und Arbeitgeber Vorbild sein sollten und nicht weiter die Glaubwürdigkeit der Politik gefährden dürfen.



Mit einer Besuchergruppe in
Bergen Belsen

MEINE REGION

IM NOVEMBER vergangenen Jahres besuchten interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Nienburg auf meine Einladung hin die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Das in der neu gestalteten Ausstellung dokumentierte Leid und die Besichtigung des Geländes löste ein Gefühl der Bedrückung bei vielen Besuchern aus. Ich will dazu beitragen, dass Interessierte aus unserem Wahlkreis diese so nah bei Nienburg gelegene Gedenkstätte zur Information nutzen. Weitere Fahrten werden folgen. In einem interfraktionellen Antrag haben wir Grünen und die SPD Anfang 2011 die Bundesregierung aufgefordert, Demokratieinitiativen zu unterstützen anstatt sie unter Generalverdacht zu stellen.

[Lesen Sie den Antrag dazu hier.](#)



Bei meiner Rede auf der Kundgebung
gegen den Naziaufmarsch 2010

JAHR FÜR JAHR marschieren Neonazis aus ganz Deutschland durch die kleine Stadt Bad Nenndorf, die in meinem Wahlkreis liegt. Es ist einer der größten Nazi-Aufmärsche in Deutschland.

Ich unterstütze die örtliche Initiative „Bad Nenndorf ist bunt“, in der sich Bürgerinnen und Bürger gegen die so genannten „Trauermärsche“ zusammengeschlossen haben. Es sind in Wahrheit Heuchlermärsche, die stattfinden, angeblich um der Misshandlung von Nationalsozialisten in einem ehemaligen britischen Internierungslager zu gedenken.



Mit Martin Guse im Bundestag

BEI DER GEDENKSTUNDE zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Bundestag, konnte ich Martin Guse von der Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau in Berlin begrüßen. Ich selbst bin Mitglied des Vereins, der sich für die Opfer der Zwangsarbeit engagiert, die von den Nazis zur Arbeit in einer riesigen Produktionsanlage für Schießpulver in meinem Wahlkreis gezwungen wurden. Die von Martin Guse initiierte Jugend AG erhielt 2010 den Waltraud-Netzer-Preis der Vereinigung „Gegen Vergessen-Für Demokratie“.

In der Gedenkstunde sprach mit Zoni Weisz erstmals ein Vertreter der Sinti vor dem Bundestag. Seine bewegenden Worte haben wir parlamentarisch

aufgenommen in nachfolgendem Antrag zur Gleichstellung von Sinti und Roma, den meine Fraktion im März einbringen konnte: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/33854864_kw12_sp_sinti_roma/index.html

VERTEIDIGUNGSPOLITISCHE FRAGEN treffen vor Ort in meinem Wahlkreis auf großes Interesse.

Mit Schülern des Johannes-Beckmann-Gymnasiums in Hoya, Soldaten des Battalions 912 Elektronische Kriegsführung und Vertretern der Stadt Hoya, diskutierte ich in der Nienburger Clausewitz-Kaserne über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Die Oberstufen-Schüler hatten sich im Rahmen des Politikunterrichts mit dem ISAF-Mandat beschäftigt. Hier hatte ich Gelegenheit, zu erläutern, weshalb ich dem von der Bundesregierung vorgelegten Mandat nicht zustimmen konnte: Der Einsatz dient nicht mehr nur zur Sicherung des Aufbaus (Stabilisierungseinsatz), sondern zur offensiven Aufstandsbekämpfung (counter insurgency) im Rahmen des Partnering. Die Bundeswehr kämpft damit seit 2010 aktiv auf Seiten einer Bürgerkriegspartei. Ich bin davon überzeugt, dass die Fortführung der Aufstandsbekämpfung durch Partnering die Sicherheitslage nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern wird. Bei diesem Mandat handelt es sich ausschließlich um den militärischen Teil des Einsatzes. Ich halte ein umfassendes Mandat einschließlich der zivilen Aufbaustrategie, für erforderlich.

Zur ausführlichen Erläuterung der Position der Grünen zum Afghanistaneinsatz, lesen Sie bitte den Entschließungsantrag meiner Fraktion.
<http://katja-keul.de/bundestag/auslandseinsaetze/afghanistan/>



öffentliche Diskussion mit meiner Fraktionskollegin Dorothea Steiner, Mitglied des Gorleben-Untersuchungsausschusses in Nienburg

DIE SCHWARZ-GELBEN LAUFZEITVERLÄNGERUNGEN für Atomkraftwerke brachten nicht nur zahlreiche Menschen auf die Straße, sie sorgten auch für volle Versammlungssäle und Busse aus meiner Region.

Besonders in meiner Niedersächsischen Heimat empören sich viele Menschen darüber, dass die Erkundung des Salzbergwerks Gorleben fortgesetzt wird, obwohl von einer Eignung als Endlager nicht die Rede sein kann.

Seit in Fukushima die Reaktorblöcke kollabieren, versammeln sich überall Menschen zu Mahnwachen in den Innenstädten. Die Folgen dieser Katastrophe für das japanische Volk und die gesamte Menschheit beginnen wir erst zu erahnen.



MITTE FEBRUAR war die Strukturreform der Bundeswehr Thema einer von zahlreichen Offizieren und Zivilisten besuchten Veranstaltung der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“ in der Bückeburger Schäfer-Kaserne. Eine umfassende Bundeswehrreform ist längst überfällig. Lange ist bekannt, dass sich die Sicherheitslage nach dem Kalten Krieg grundlegend geändert hat. Wir Grünen haben schon vor Jahren konkrete Konzepte für eine deutlich verkleinerte Freiwilligenarmee vorgelegt.

In meinem Vortrag kritisierte ich einen Aktionismus, bei dem die grundlegende Frage des sicherheitspolitischen Kurses unbeantwortet bleibt. Darüber entwickelte sich eine lebhafte und teilweise kontroverse Diskussion.

[Lesen Sie hier den Beschluss meiner Fraktion zur Zukunft der Bundeswehr.](#)



ALS NIEDERSÄCHSISCHE BUNDESTAGSABGEORDNETE bin ich in meiner Fraktion für die Kreisverbände Cuxhaven, Osterholz, Verden, Diepholz, Nienburg und Schaumburg zuständig. Im vergangenen Jahr habe ich auf einer Radtour von Nienburg bis Cuxhaven und bei Besuchen in der Region viele Aktive vor Ort kennengelernt. Mitte März trafen sich VertreterInnen der Kreisverbände meiner Region in meinem Nienburger Büro.

Ich bin immer wieder erstaunt, wie viel Kreativität vor Ort die Grünen trägt und prägt - von der thematischen Schwerpunktsetzung bis zur Zusammenstellung der Wahlvorschläge. Im bevorstehenden niedersächsischen Kommunalwahlkampf werde ich die Kreis- und Ortsverbände nach Kräften unterstützen. Ich freue mich darauf.



EINE BESONDERE FREUDE ist es für mich, interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meiner Region in Berlin begrüßen zu können. Anmeldungen für 2011 sind derzeit noch für eine Fahrt im August auf meiner Homepage www.katja-keul.de unter „Berlinfahrten“ möglich. Wenn Sie wegen der begrenzten Teilnehmerzahlen in diesem Jahr nicht zum Zuge kommen, werden Sie zu den Fahrten im nächsten Jahr von meinem Wahlkreisbüro angeschrieben, sobald die Termine feststehen.